

Murascher Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Mura.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.

Anzeigen und Berichte für das „Murascher Stadtblatt“ werden bis Mittwoch und Sonnabend jeder Woche an die Buchdruckerei von Marek & Martin in Trebnitz in Schlesien erbeten.

Monatlich durch die Post 40 Goldpfennige, durch den Austräger die Nummer 10 Goldpfennige.

Anzeigenpreis: Für die 29 mm breite Petitzeile 10 Goldpfennige, bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

Nr. 27.

Sonnabend, den 17. Mai

1924.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zur Beilegung des Zwischenfalls mit Rußland sind bei russischen Botschaft in Berlin entsprechende Erklärungen und Vorschläge zugegangen, welche den Gegenstand weiterer diplomatischer Verhandlungen bilden werden.

* Die alljährliche Konferenz führender Parlamentarier und Politiker katholischer Richtung findet am 11. Juni in Konstanz statt.

* Poincaré hat infolge des Wahlausfalls den Rücktritt seines Kabinetts zum 1. Juni erklärt.

* Der Reichstag soll nunmehr bestimmt am 27. Mai eröffnet werden.

* In Hamburg soll ein türkisches Generalkonsulat für Deutschland errichtet werden.

* Die in Moskau eingetroffene Deutsche Eisenbahnkommission ist förmlich empfangen worden, es wurde ihr aber mitgeteilt, daß das Volkskommissariat keine Verhandlungen vor Lösung des deutsch-russischen Konflikts wünsche.

* Der König von Dänemark hat die Ernennung des Kammerherrn Perleus Zahle zum Gesandten in Berlin vollzogen.

* Auf dem Deutschen Tag in Halle, wo am Sonntag an Stelle des durch Kommunisten gesprengten Volkstedenkmals ein neues Monument eingeweiht wurde, schossen die Kommunisten, die in Stärke von mehreren tausend Mann herbeigeströmt waren, auf die Polizei. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

* Zentrum, Volkspartei und Demokraten wollen sich angeblich zu einem „Block der Mitte“ zusammenschließen; dadurch würden sie die stärkste Fraktion.

* Das rumänische Königspaar ist, begeistert begrüßt, in London angekommen.

* Der Reichskanzler hat seinen Besuch der oberhessischen Werbewoche in Gießen aufgeben müssen, da die unentschiedene Lage im Ruhrbergbau seine Abwesenheit aus Berlin nicht gestattet.

* Die Abstimmung der englischen Kohlenverlader hat eine Mehrheit für den Streik ergeben. Die Kohlenverladungen von England aus werden daher Mittwoch aufhören.

* Der amerikanische Senat hat eine Herabsetzung der Einkommensteuer um 25 % und eine Reihe von Herabsetzungen bei fast allen anderen Steuern beschlossen.

Der deutsche Tag in Halle.

Einweihung des Volke- und Arbeiterdenkmals.

Blutige Zusammenstöße zwischen Schupo und Kommunisten. — Tote auf beiden Seiten.

Die Feier war veranstaltet worden zur Einweihung der neuen Volkstatue am Halleschen Denkmal für Kaiser Wilhelm I. Die Erneuerung war notwendig geworden, weil Freierhände das frühere Bildwerk des Kaiserdenkmals in der Neujahrnacht 1923 zerstört hatten. Der Aufmarsch der vaterländischen Verbände zur Teilnahme an der Feier hatte Gegenbestrebungen bei den Kommunisten ausgelöst, die als Demonstration einen „Arbeitertag“ nach Halle zum gleichen Datum einberiefen. Dieser „Arbeitertag“ wurde aber verboten. Die Kommunisten kündigten an, daß sie auch trotz des Verbots Kundgebungen veranstalten würden. So standen die Dinge.

Dem Aufruf zur Einweihung hatten zahlreiche Verbände aus ganz Deutschland Folge geleistet, vorzugsweise sah man unter den Festgästen Deputationen von Stahlhelm- und Werwolforganisationen, dann auch Bittungs- und Kriegervereine u. a. Die Stadt war festlich geschmückt. Eine Kompanie d. 3. ebenbürtigen Regiments folgte aus Glatz war von der Regierung nach Halle abgeordnet worden. Unter den Gästen waren General Ludendorff, Generaloberst v. Heeringen, General v. Below, die Admirale Tirpitz und Scheer, Graf Lüdner und Prinz Oskar von Preußen. Im Anschluß an vorhergegangene Gottesdienste fanden Versammlungen in 18 Sälen statt, bei denen zahlreiche Ansprachen gehalten wurden.

Die Enthüllung des Denkmals

Selbst ging ungestört vor sich. Zahlreiche Musikchöre spielten, um das Denkmal hatte sich ein Wald von Fahnen aufgestellt, etwa hunderttausend Menschen nahmen Teil an der Feier. Umfendend war auch Prinz Oskar von Preußen. Oberstleutnant a. D. Düsterberg hielt die Weiherebe. Dann fiel unter dem Geläute der Kirchenglocken die Hülle vom dem Standbild. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes mit der neuen Schlussstrophe: Und im Unglück nun erst recht erfolgte der Abmarsch der Fahnenkolonnen nach der Pferderennbahn, wohin sich andere Festteilnehmer schon vorher begeben hatten. Auf der Rennbahn wickelte sich der fast vier Stunden dauernde Vorbeimarsch vor Generaloberst v. Heeringen, als dem ältesten Offizier des früheren Heeres, und den übrigen Ehrengästen ab. Nach dem Vorbeimarsch durchzogen die Verbände die Stadt und begrüßten das neu errichtete Standbild, bevor sie abzogen.

Der Kampf zwischen Kommunisten und Polizei entstand in der Hauptsache beim Vorbeimarsch der Fahnenkolonnen vor dem Denkmal. Eine Abteilung der Schutzpolizei Magdeburg war zum Vorort Bülberg entsandt, um die Straßen zu sichern. Sie hatte den Befehl, die in den Nachbargassen untergebrachten Festteilnehmer passieren zu lassen, Kommunistenzug aber zu verhindern. Als sich eine Anzahl kommunistischer Abordnungen nach Halle begab, drängten mehrere hundert Kommunisten nach.

Diese übernahmen die Posten, brachten ein Maschinengewehr in ihre Gewalt und richteten es gegen die Polizeibeamten. Mehrere Polizeibeamte wurden schwer verletzt, von denen der eine im Krankenhaus Halle gestorben ist. Das Gegenfeuer der Polizei tötete zahlreiche Kommunisten, von denen ein Teil von ihren stehenden Genossen

mitgenommen wurde. Nach dem amtlichen Polizeibericht hatten die Kommunisten fünf Tote.

Im Volksparlament war eine kommunistische Versammlung anberaumt worden. Es entwickelten sich aber Aufrührer und es kam schließlich dazu, daß die Polizei dem Volksparlament einschloß und bis 1 Uhr nachts besetzt hielt. Dann konnten die Versammlungsteilnehmer ihre Wohnungen aufsuchen. In der Nacht vorher hatten sich mehrere Schlägereien abgespielt, wobei ein junger Arbeiter durch einen Schuß getötet wurde.

Rück nach links in Frankreich.

Der Nationale Block gescheitert.

Der Wahlsonntag ist in Frankreich im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war überall recht stark man rechnet mit einer Beteiligung von etwa 85 % der Gesamtbevölkerung. Der bisher herrschende Nationale Block mit Poincaré an der Spitze scheint nach allen bisherigen vorliegenden Nachrichten eine schwere Niederlage erlitten zu haben. Auch die nicht zum nationalen Regierungsbund zählenden, als Rechtsopposition bezeichneten Parteien sind stark zurückgedrängt worden. Ihre Führer sind vielfach nicht wiedergewählt. Dagegen hat die Linke bedeutend an Boden gewonnen. Die Sozialisten zählen rund 100 Sitze in der Kammer für sich. Ob der Nationale Block in die Minorität gedrängt ist, müssen die endgültigen Resultate erst ergeben.

Nach den bis Montag erzielten Feststellungen verteilen sich die erzielten Mandate folgendermaßen: Rechtsrepublikaner 103, Konservative 11, Linksrepublikaner 71, Disziplinäre Radikale 35, Radikale und Sozialistisch-Disziplinäre 111, Sozialistische Republikaner 32, Sozialisten 78, Kommunisten 14, Stichwahlen 4, zusammen 449. Nach einem Vorschlag hat es den Anschein, als ob die Gruppen der Linken eine Mehrheit von 30 Stimmen in der Kammer erhalten.

Der sogenannte linke Block setzt sich zusammen aus den radikalen Sozialisten, aus den unabhängigen Sozialisten und den Sozialisten. Die radikalen Sozialisten gewinnen bisher 49 und verlieren 6 Mandate, die unabhängigen Sozialisten gewinnen 8 und verlieren 4, die Sozialisten gewinnen 33 und verlieren 4 Sitze. Insgesamt ist ein Gewinn von 76 Sitzen für den linken Block festzustellen.

Nicht wiedergewählt sind von bekannten Männern der früheren Minister Manoury und de Lasteyrie, ferner der frühere Kriegsminister Lefèvre, der Abgeordnete Mandel, der Kabinettschef Clemenceau. Auch mit der Niederlage Lardoux muß gerechnet werden; der Vizepräsident der Kammer Dubouche, der Royalist Dandoy, Rouleau, der frühere Botschafter in Petersburg sowie der General Casselmann sind geschlagen.

Wiedergewählt wurden u. a. der Vorsitzende der Kammer Peret, die bekannten Kommunisten Marth und Doriot. Vom Block der Linken ziehen Herriot, Maloh, der Sozialistenführer, Renaudel und Briand ein. Auch Leon Blum und der Bruder des ermordeten Jaurès, Admiral a. D. Jaurès, ist gewählt.

Rücktritt Poincarés gefordert.

Der Ministerrat ist heute vormittag unter dem Vorsitz von Millerand im Elysee zusammengetreten. Nach Schluß des Ministerrats wurde der Presse eine Mitteilung übermittelt, die besagt, Poincaré habe im Ministerrat dem Präsidenten der Republik angekündigt, daß er am 1. Juni die Gesamtemission des Kabinetts überreichen werde. Er hat hinzugefügt, daß er beschloßen habe, nicht nach Chequers zu Macdonald zu reisen. Der nächste Ministerrat ist auf den 22. Mai festgesetzt worden.

Damit hat also das Ministerium die Folgerungen aus dem Wahlergebnis gezogen und seinen Rücktritt angekündigt. Das Verbleiben im Amt bis 1. Juni erklärt sich aus der Tatsache, daß verfassungsmäßig die gegenwärtige Kammer und damit die Mehrheit für die jetzige Regierung bis zum 1. Juni bestehen bleibt und die neue Kammer erst am 2. Juni zusammentritt.

Die Wahl von 1919, die den Nationalen Block, die Regierungsmehrheit für Poincaré befestigte, brachte diesem fast 400 Sitze in der Kammer. In Zukunft werden die Nationalen unter 250 bleiben, ihnen gegenüber steht der Linksbund mit 280 Mandaten, 177 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit kehren nicht wieder. 250 neue Männer rücken ein. Mit Ausnahme von drei Zeilen Frankreichs, dem normannischen Westen, dem Osten mit den „befreiten Gebieten“ und der Hauptstadt Paris, hat das ganze Land sich für die Politik des Linksbundes entschieden. Poincarés Politik ist verworfen worden mit Mehrheit im ganzen Lande.

Wer wird Nachfolger?

Präsident Millerand wird sich aussprechen, wie man an-

nimmt, an Herriot, den radikalen Führer und früheren Bürgermeister von Lyon, wenden, den unbestrittenen Sieger dieses Wahlkampfes. Von anderer Seite wird Aristide Briand genannt, der ehemalige Ministerpräsident, für den seine Erfahrung in internationalen Verhandlungen spricht. Andere Kandidaten kommen erst an zweiter Stelle in Betracht; jedoch sind bei den keineswegs geklärten Verhältnissen unter den einzelnen Parteien selbst alle Voraussagungen vorläufig unsicher.

Auch Präsident Millerand soll gehen.

In der Presse der Sieger wird unumwunden das Verlangen laut, auch der Präsident der Republik, Millerand, müsse vom Amt zurücktreten, da er unausschließlich mit der Politik Poincarés verbunden sei. In einem Aufruf wird bereits das Programm und die Bedingungen des linken Blocks für die Befolgung der höchsten Posten im Staate während der nächsten Legislaturperiode aufgestellt. Für die Sozialisten verlangt „Quotidian“ den Vorsitz der Kammer, für die Radikalen das Ministerpräsidentium. Die Würde des Präsidenten der Republik hätten diesem Blatte zufolge die republikanischen Sozialisten zu beanspruchen. „Der eigentliche Besiegte ist Alexandre Millerand“, schreibt „Le Nouvel“. „Sein großes Werk, der nationale Block, ist zerstört. Er kann mit den Radikalen, von denen er sich öffentlich losgesagt hat, nicht zusammenarbeiten. Er muß gehen. Adieu, Alexandre Millerand! Guten Abend und gute Nacht. Raymond Poincaré!“

Präsident Sun-hat-sen gestorben?

Aus Shanghai lief die Meldung ein, daß Sun-hat-sen, der Präsident der südchinesischen Republik, in Hongkong an Gehirnschlag gestorben sei. Nach einem anderen Bericht sollte Sun-hat-sen nur schwer erkrankt, aber noch nicht tot sein.

Sun-hat-sen war der einflussreichste Gegner der chinesischen Zentralregierung in Peking. Er stand stark unter westeuropäischen und amerikanischen Einflüssen, und sein Name war seit dem Sturz der Mandschuhdynastie im Jahre 1912 die Parole für die Fortentwicklung Chinas zu einem modernen Staatswesen. Er widerstand sich den verschiedenen Militärregierungen von Kanton aus mit großem Erfolg. Mehrfach schlug er die Generalheere Nordchinas mit großem Erfolg und unablässig verfolgte er die Idee, ganz China zu gewinnen und zu reformieren.

Sun-hat-sen, 1863 geboren, studierte in Amerika Medizin. Er ward einer der Organisatoren der chinesischen Revolution, und nachdem sich 1911 die südlichen Provinzen erhoben und das Kaiserthum beseitigt hatten, wählte man Sun-hat-sen zum ersten Präsidenten der Republik. Nachdem er sich mit Yuan-shikai über den Neubau des Staates geeinigt hatte, legte er im Februar 1912 sein Amt nieder, organisierte dann einen bewaffneten Aufstand, und als die Truppen Yuan-shikais seine Anhänger niedergeworfen hatten, floh er nach Japan. Nach der Gründung der Republik Südhina leitete er im unaufhörlichen Kampf gegen Peking die Geschichte des neuen Staates. Die Verhältnisse in China werden durch das Ableben des Präsidenten von Südhina nur noch mehr verwirrt.

Eine politische Mordaffäre.

Berlin, 14. Mai.

Der dieser Tage im sog. Tegeler Forst in der Umgebung von Berlin gemachte Leichensfund scheint sich zu einer neuen politischen Affäre auszuwachsen. Das Polizeipräsidium teilt mit:

Seit mehreren Tagen beschäftigt sich die Berliner Polizei mit einem Leichensfund im Tegeler Forst. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Mann von deutsch-völkischer Seite ermordet worden ist, weil er im Verdacht stand, Beziehungen zu den Kommunisten zu haben. Nach erfolgtem Mord sind dem Toten die Taschen geleert und die im Besitz des Toten befindlichen Wertgegenstände zu Geld gemacht worden. Der Haupttäter ist flüchtig; zwei am der Mordtat Beteiligte wurden von der politischen Polizei festgenommen.

Soweit festgestellt wurde, ist der Tote ein früherer Oberleutnant Müller, der allerdings anders heißen muß, aber unter diesem Namen im vorigen Jahre innerhalb verschiedener Rechtsorganisationen auftrat. Müller soll dunkle Geschäfte, darunter auch Waffengeschäfte, gemacht haben und gleichzeitig hat er offenbar sowohl nach rechts- als nach links Spitzeldienste getan. Offenbar ist er dann aus Mache von den Angehörigen einer Geheimorganisation in den Tegeler Forst gelockt und dort beseitigt worden. Die Kriminalpolizei verfolgt ganz bestimmte Spuren, doch dürften die Ermittlungen sich nach so langer Zeit einigermaßen schwierig gestalten, da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Täter unmittelbar nach der Ermordung Müllers sich in Sicherheit gebracht haben. Zwei an dem Mord beteiligte Personen, die Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei waren, wurden ermittelt und in Haft genommen. Sie haben nach kurzem Zeugnissen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der Haupttäter soll sich in Sicherheit gebracht haben. Die Leiche hat 5 bis 6 Monate bis zur Auffindung am Ort der Tat gelegen. Schon früher war ein gewisser Robert Grütze-Dehder wegen Verdachts der Ermordung Müllers festgenommen gewesen, mußte aber nieden entlassen werden, da sich keine Beweisgründe fanden.



Poincaré.

Reichstag am 27. Mai.

n. Berlin, 12. Mai.

Die Einberufung des Reichstages wird, wie nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, für Dienstag, den 27. Mai, erfolgen. Die Vorstände der alten Reichstagsfraktionen treffen bereits die Vorbereitungen für die ersten Fraktionskassierungen. Der zur Überwachung der Durchführung des Personalabbaus bestehende Ausschuss wird noch einmal einige Tage vor Beginn des Plenums eine Sitzung abhalten.

Als Alterspräsident, dem in einer neuen Wahlperiode die Eröffnung des Reichstages obliegt, dürfte der sozialdemokratische Abgeordnete v. d. Goltz in Frage kommen. Er ist am 28. April 1846 geboren, steht also im 79. Lebensjahre. An Lebensalter folgen ihm sodann die Abgeordneten Spahn-Zentrum und Zubeil von der Sozialdemokratischen Partei.

Die erste Sitzung des Reichstages nach seiner Neuwahl vollzieht sich geschäftsmäßig in der Weise, daß das an Lebensjahren älteste und, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied den Vorsitz führt, bis ein neu gewählter Präsident oder ein neu gewählter Stellvertreter das Amt übernimmt. In der ersten Sitzung ernannt der Vorsitzende vorläufig für Mitglieder zu Schriftführern. Darauf läßt er die Namen der Mitglieder aufrufen, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, zu der die Anwesenheit von mehr als die Hälfte der Mitglieder erforderlich ist. Nach der Feststellung der Beschlußfähigkeit soll sofort die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden. Es ist aber üblich, daß diese Wahl in einer zweiten Sitzung erfolgt, da darüber immer Verhandlungen unter den Fraktionen erforderlich sind.

Die Krisis im Ruhrrevier.

Über 93 % der Bergleute feiern.

In dem großen Konflikt zwischen Bechenverwaltungen und Bergarbeitern ist bisher noch keine Wendung zum Besseren eingetreten. Die Vermittlungsversuche der Staats- und Reichsbehörden haben keine Ergebnisse gezeigt. Die Versuche zu einer Schlichtung werden fortgesetzt. Eine Abordnung der Oberbaurgemeister der Industriefabrik hat sich am Sonntag nach Köln begeben, um die auf der Weste anwesende Reichsregierung dringend zu ersuchen, in den Konflikt vermittelnd einzugreifen. Über 93 % der Bergleute arbeiten nicht. Auch die Kohlearbeiter der Zeche „Victoria Mathias“ sind nicht zur Arbeit erschienen. Infolgedessen ist eine Unterbrechung der Gasversorgung von ganz Essen zu erwarten. Die Anzahl der Feiernden ist bei Beginn der Woche noch etwas größer als am Schluß der Vorwoche.

Schlichtungsversuche des Reichsanwalters.

In den Besprechungen mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, konnte ein Ergebnis nicht erzielt werden, da beide Teile bei ihren mehrfach kundgegebenen Anschauungen verharrten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat darauf die Vertreter beider Parteien für sofort zu Schlichtungsverhandlungen nach Berlin eingeladen. Diesen Verhandlungen geht eine Besprechung beim Reichsanwalt voraus.

Es ist sowohl bei dem Bechenverband wie bei den Bergarbeitern die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, einer neutralen Vermittlungsstelle Gehör zu geben, nachdem auch die Verhandlungen über den Rahmentarif am 12. Mai in Essen gescheitert sind.

Im Bergbaugewerbe selbst ist die Lage unverändert. Die vereinigten vier Bergarbeiterverbände erließen einen Aufruf, in dem sie sich gegen die kommunistisch-syndikalistische zentrale Streikleitung wenden, die mit politischen Forderungen der R. P. D. auf den Plan tritt und den Ruf erhebt, in den Kampf für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Eine verantwortungsvolle Gruppe irgendwelcher Führer versuche, die schwer um ihre Existenz ringenden Ruhrbergarbeiter vor den kommunistischen Parteifarren zu spannen, um die Arbeiter in den Abgrund einer blutigen Auseinandersetzung zu treiben. Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Bergarbeiter, der Generallstreikparole der Kommunisten jetzt ebenso die Gefolgschaft zu verweigern wie am 6. Mai.

Kommunistische Aufwiegelung.

In der Nacht auf Dienstag wurden im Ruhrrevier von den Kommunisten Flugblätter angebracht, in denen aufgeföhrt wird, von jetzt ab Gewalt anzuwenden. Die Plakate tragen die Überschrift: „An das kämpfende Ruhrproletariat!“ und den Untertitel: „Mit Hade und Hammer schlägt die Ausbeuter nieder!“ Ferner wird aufgeföhrt, sofort proletarische Hundertschaften zu bilden. Die Streikbrecher seien ebenfalls totzuschlagen. Ähnliche Flugblätter werden, wie ein Vermittler besagt, täglich herausgegeben.

Politische Rundschau.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Genf, 13. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve“ rednet mit der Bildung eines Kabinetts Briand-Poincaré-Ferriot, dem auch einige Sozialisten angehören dürften.

Mitterand vor dem Rücktritt.

Paris, 13. Mai. Die Haltung Mitterands ist noch unbestimmt. Es wird als selbstverständlich anerkannt, daß die Entscheidung über das Verbleiben oder den Rücktritt des Präsidenten der Republik nicht in die Kompetenz des Ministerrates fällt. Die politische Lage scheint aber den Rücktritt Mitterands zu fordern. Nach den bisherigen Gegebenheiten der Wahl, an denen wenige noch ausstehende Bezirke kaum noch etwas ändern werden, hat die Linke einen Gewinn von 160 Sitzen davongetragen.

Berurteilung eines bayerischen Landtagsabgeordneten.

München, 13. Mai. Der frühere Hauptlehrer und jetzige bayerische Landtagsabgeordnete Julius Streicher wurde von der großen Strafkammer des Schöffengerichts wegen Verleumdung bzw. über Nachrede zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Prozeß wurde Streicher in seiner Verteidigungsbühne über die Richter im Hauptprozeß, die Landgerichtsrat Sachs und Ehrenberger geäußert, die Angeklagten zwei Juden gaben den Ausschlag, daß Raub freigegeben wurde.

Erwerbslosenunterstützung für Beamte.

Die fünf Beamten-Spitzenorganisationen haben an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag auf sofortige Einberaumung einer Verhandlung gestellt, in der die Frage ge-

klärt werden soll, wie den zur Entlassung ohne Wariegeld oder Ruhegehalt gekommenen Beamten die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung zu ermöglichen ist.

Aufruf zur Hannoverischen Frage.

Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erläßt folgenden Aufruf: Nur über ein unverfälschtes Preußen geht der Weg in ein wieder freies und hohes Deutschland. Deshalb hält es die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei für geboten, noch einmal in letzter Stunde diejenigen Frauen und Männer im Hannoverlande, die es gut mit dem Reiche meinen, aufzuordern, das Rechte an Willen und Kraft dafür einzusetzen, auf daß der verhängnisvolle Schwächungsversuch der Welsen und damit an dem Reiche zusehender werde.

Oberst von Seißer des Amtes entlassen.

Wie amtlich aus München mitgeteilt wird, ist der Chef des Landespolizeiamtes, Oberst Seißer, der von der bayerischen Regierung aufgeföhrt war, seinen Rücktritt zu nehmen, dieser Aufforderung aber nicht Folge geleistet hatte, nunmehr seines Amtes entlassen worden. Der Nachfolger des Obersten v. Seißer, Oberst v. Reih, hat bereits seinen Dienst als Leiter der bayerischen Landespolizei angetreten.

Bayerische zukünftige Regierung.

Nach Münchner Meldungen werden zwischen den Deutschen Nationalen und der Bayerischen Volkspartei zurzeit wegen der Neubildung der Bayerischen Regierung Verhandlungen geführt. Die Deutschen Nationalen bestanden darauf, daß Dr. v. Knilling wieder das Amt des Ministerpräsidenten übernehme. Für das Innenministerium werde Ministerialrat Stübel in Vorschlag gebracht. Der Posten v. Kahrz solle mit Minister Schöner besetzt werden.

Bayerischer Hansabund über das Sachverständigengutachten.

Auf der Tagung des Landesverbandes Bayern des Deutschen Hansabundes, auf der Reichsfinanzminister Dr. Luther über „Wirtschaft und Finanzen“ sprach, wurde eine Entschließung angenommen, die vom Reichstag fordert, daß er in der Frage der Sachverständigen Gutachten, die auch vom Hansabund als brauchbare Verhandlungsbasis anerkannt werden, alle parteipolitischen Erwägungen zurückstellt hinter das dringende Gebot, durch praktische Arbeit dem deutschen Volk den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit zu bahnen.

Oberschlesische Werbewoche.

Bei der Eröffnung der oberchlesischen Werbewoche in Gleiwitz durch einen Festakt des Reichsverbandes der Deutschen Presse äußerte sich der preussische Kultusminister Dr. Boeltz in Worten, die in einem sehr bemerkenswerten Gegensatz zu den kürzlichen Äußerungen des polnischen Staatspräsidenten stehen, über die Behandlung der Minderheiten. Die oberchlesische Bevölkerung und die preussische Regierung habe sich stets bemüht, mit Verstand und Mäßigkeit dem polnisch sprechenden Volksteile in Oberschlesien zu begegnen. Wer sich rüchlich zu Preußen bekennt, wird redliche Behandlung finden.

Deutsch-hannoversche Demonstration.

Die Deutsch-hannoversche Partei veranstaltete in Hannover eine Kundgebung für die Schaffung eines Staates Niederhannover, die unter der Teilnahme von Separatisten aus dem ganzen Reiche vor sich ging. Der welfische Führer Langwost erklärte, daß der Tod Preußens das Leben Deutschlands sei. Als Vertreter der großhessischen Separatisten sprach Dr. Hertel, der Preußen stark angriff, während der Reichstagsabgeordnete Bachmeyer namens des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes die besten Wünsche für die Loslösungspläne zum Ausdruck brachte.

Reichsfeuerverkündungen an die preussischen Gemeinden.

Aus Steuererhebungen des Reichs kommen zur Verteilung: a) Einkommensteuer für Mai 1924 auf jeden Rechnungsteil der Provinzen 1,5 der Landkreise 2,5, der Gemeinden 15 Milliarden, b) Dotationen (Rechnungsjahr 1924) stehen 1336 000 000 Millionen Mark zur Verfügung. Die Ausschüttung erfolgt durch die Regierungspräsidenten für die kreisangehörigen Gemeinden durch Vermittlung des Kreisratsschiffes. Unter Zugrundelegung der ihr bestimmten Schiffszahlen vermag jede Gemeinde den ihr zugehörenden Betrag sich zu errechnen.

Großbritannien.

X Der Besuch des rumänischen Königspaares. Der Empfang in London wurde mit großem höflichem Gepränge vollzogen. Das englische Königspaar empfing die Gäste auf dem Victoriaabandhof. Auch Macdonald war anwesend. In Buckingham fand ein Staatsbankett statt, bei dem König Georg und König Ferdinand freundschaftliche Ansprachen austauschten.

Japan.

X Regierungsfeindliche Wahlen. Die Wahlen zum Parlament haben sich in der Hauptstadt in Ruhe vollzogen. Aus der Provinz liegen jedoch Nachrichten vor, wonach es an einigen Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern gekommen ist. 800 Wahlagenten sind unter der Beschuldigung, das Wahlgesetz verletzt zu haben, verhaftet worden. Es wird allgemein angenommen, daß die Regierung in die Minderheit geraten ist.

Aus In- und Ausland.

Russel. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde Stadtrat Wittrod unter der Beschuldigung verhaftet, in dem Prozeß gegen die Kaiserin Post eine offensichtlich falsche Aussage gemacht zu haben.

London. An der schrischen Grenze sind Kämpfe ausgebrochen. Im letzten Treffen in der Nähe von Ymanin hatten die Franzosen 120 Mann an Toten und Verwundeten verloren.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Baumgärtel im Berliner Hofhaus. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann eine auf 3 bis 5 Tage berechnete Verhandlung, die ein Nachspiel zu dem folgenschweren Baumgärtel im Berliner Hofhaus darstellt. Am 24. Januar 1923 kamen in dem Zeitungverlagshaus Rudolf Mosse, das damals „aufgeföhrt“ wurde, infolge eines Defekts infolge drei zehn Personen ums Leben, während elf weitere schwer verletzt wurden. Für dieses Unglück wurden von der Staatsanwaltschaft acht Personen — Baumeister, Bautechniker und Maurerpoliere — verantwortlich gemacht und wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung unter Anklage gestellt. Es sind eine große Anzahl von Sachverständigen und zahlreiche Zeugen geladen.

Das Urteil im Prozeß wegen des Defekts infolge im Berliner Hofhaus ist Sonnabend gesprochen worden. Die Angeklagten Baumeister P. a. r. u. s., Maurermeister W. u. b. e. und

Volter Sandwich wurden schuldig befunden der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung und wurden verurteilt: Lazarus zu sechs Monaten Gefängnis, W. u. b. e. und Sandwich zu je drei Monaten Gefängnis.

Ein deutscher Magistratsbeamter vor einem französischen Kriegsgericht. Ein Magistratsbeamter aus Königsberg, ehemaliger Marineoffizier, wurde vom französischen Kriegsgericht in Wiesbaden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil man bei der Bahnkontrollen in Gschorn bei ihm verschiedene verbotene Tageszeitungen gefunden, und weil er außerdem das Abzeichen des Stahlhelms, einer im besetzten Gebiet verbotenen Verbindung, getragen hatte.

Verfälschte Landbesitzurkunden. Vor der Reichsdisciplinarkammer in Potsdam hatten sich ein Regierungsrat und ein Ministerialbeamter zu verantworten, weil sie etwa zwanzig Zeitungsauschnitte mit Landbesitzurkunden des früheren Kaisers, die in der Presseabteilung des auswärtigen Amtes aufbewahrt wurden, im Jahre 1920 für 50 000 Mark an zwei finnische Staatsangehörige verkauft haben sollten. Der Kaiser pflegte Zeitungsauschnitte, die ihm zur Zeitung zugesandt wurden, mit Bemerkungen zu versehen, und es befanden sich an Rande häufig Äußerungen wie „Böbbsinn“, „Quatsch“, „Fette Ente“ usw. Die Reichsdisciplinarkammer erkannte gegen den Regierungsrat auf Freisprechung, gegen den Ministerialbeamten auf Dienstentlassung unter Befassung der halben Pension auf zwei Jahre.

Kriminalbeamte als Diebesheifer. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. hatte sich in mehrwöchigen Verhandlungen eine weitverzweigte Diebesgesellschaft, die im Frühjahr 1923 in Frankfurt und anderen großen süddeutschen Städten bandenmäßig Diebstähle in Ladengeschäften und Privathäusern begangen hat, zu verantworten. Unter den 18 Angeklagten befanden sich fünf Frankfurter Polizeibeamte, die sich u. a. der Befischung, Urkundenfälschung, Fälschung falscher Ausweispasspore usw. schuldig gemacht hatten. Das Gericht verurteilte den Kriminalbetriebsassistenten K. a. p. p. e. zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, den Polizeiaffizienten C. p. p. l. e. zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, den Kriminalbetriebsassistenten S. c. h. u. l. z. zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, zwei weitere Polizeibeamte zu je 1 1/2 Jahr Gefängnis, ferner die Kontoristin Wigggenhäuser zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und den Graveur S. e. i. n. d. e. r. zu 6 Jahren 6 Wochen Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die übrigen Angeklagten wurden zu Strafen von 9 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Todesurteil für einen jugendlichen Mörder. Das Landgericht in Münster i. W. hat den 18 Jahre alten Paul Strauß, i. d. m. Gemeinschaft mit seinem jüngeren Bruder den Sohn eines angesehenen Bürgers nach einem mißglückten Erpressungsversuch ermordet hatte, zum Tode verurteilt.

Ein Franzosenurteil in Wiesbaden. Das französische Kriegsgericht in Wiesbaden verurteilte den Postdirektor P. e. h. l. e. aus Höchst zu drei Monaten Gefängnis, weil er zu Beginn des passiven Widerstandes Befehle der Berliner Regierung im Postgebäude hatte anhängen lassen. Sein Sohn, bei dem man einen Revolver fand, erhielt einen Monat Gefängnis und 10 Mark Geldstrafe.

Nicht Polizeioberleutnant, sondern polnischer Oberleutnant. Aus Berlin war gemeldet worden, daß ein „Polizeioberleutnant“ Wagner wegen Spionage zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Wie jetzt mitgeteilt wird handelt es sich nicht um einen deutschen Polizeioberleutnant sondern um einen polnischen Oberleutnant, der in Auftrag des französischen Kapitäns de Roux schlesische und andere Städte bereiste und Pläne über die Stellung der schlesischen Truppen und die Stärke der Spionagenformationen übermittelte.

Bombenattentat vor dem Schwurgericht. Vor dem Schwurgericht in Münster i. W. wurde wegen des Attentats auf die Druckerlei des in Münster erscheinenden sozialistischen Parteiorgans Volkswille gegen den Schiffhefer K. i. d. e. r. h. a. u. s. aus Essen und den Dekorationsmaler S. c. h. r. e. i. b. e. r. aus Essen verhandelt. Die Angeklagten sind beschuldigt, in der Nacht zum 24. Juni 1923 das Druckeriegebäude des Volkswille in die Luft gesprengt zu haben; sie gehören nach ihrer Angabe verschiedenen Verbänden an.

Das Bankguthaben des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. In einem Rechtsstreit des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ist vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin die Frage der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königs Hauses zur Erörterung gelangt. Der frühere preussische Finanzminister Lüdemann hatte auf Grund der Beschlagnahmeverordnung vom 30. November 1918 das Vermögen, das der Prinz bei seinem Berliner Bankhause liegen hatte, gesperrt. Der Prinz strengte gegen das Bankhaus Klage auf Herausgabe des Vermögens an und begründete die Klage damit, daß die Beschlagnahmeverordnung gegen die Verfassung verstoße, da sie die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit des Eigentums verleihe. Das Gericht schloß sich diesem Standpunkt an, stellte die Rechtswirksamkeit der Beschlagnahmeverordnung fest und erkannte nach dem Antrag des Prinzen.

Berurteilung eines Verbrechenspaars. Vor dem Schwurgericht I in Berlin hatten sich der Former Ernst Z. u. f. t. und seine Geliebte, die Witwe Mathilde Stabero, unter der Anklage des Raubmordes bezw. der Anstiftung zum Mord zu verantworten. Z. u. f. t. hatte auf Veranlassung der Stabero eine Portierfrau, mit der die Stabero befreundet war, mit einem Beil erschlagen und die zerstückte Leiche in die Spree geworfen. Möbel, Kleider und Wäsche der Ermordeten bildeten die Beute der Täter. Im Dezember vorigen Jahres standen die beiden schon einmal vor den Geschworenen. Das Gericht hat aber damals das auf Mord und Anstiftung zum Mord lautende Verdict aufgehoben, da es der Ansicht war, daß die Geschworenen sich zum Nachteil der Angeklagten geirrt hätten. Diesmal wurde Z. u. f. t. nur wegen Totschlags verurteilt, und zwar zu sechs Jahren Zuchthaus, seine Geliebte wegen Anstiftung zum Totschlag zu sieben Jahren Zuchthaus.

Die Mache der betrogenen Ehefrau. In zweitägiger Verhandlung beschäftigte sich das Stettiner Schwurgericht mit einem Gattenmord. Am 5. September v. J. tötete die Gastwirtin Frau Marta H. i. n. z. ihren Ehemann, dem sie nachts im Hausflur aufgelauert hatte, durch mehrere Revolverkugeln. Zwischen den Eheleuten, die eine Restauration mit Damenbedienung unterhielten, bestanden Streitigkeiten. H. i. n. z. hielt es mehr mit den Kellnerinnen als mit seiner Frau. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe. Das Gericht verurteilte die Angeklagte aber nur zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis wegen Totschlags.

Wiss. und Wissen.

Die Explosion als Experiment. Drei Töchter des in den französischen Heeresbeständen sollen zu wissenschaftlichen Versuchen verwendet werden. Eine Tonne soll am 15. Mai in dem Lager von La Courtine zur Entzündung gebracht werden. Gelehrte aus allen Teilen Frankreichs werden sich bei der Messung der Stärke der Erschütterung, bei der Beobachtung der Richtung und der Kraft der Schallwellen usw. beteiligen. Auf vielfachem Wege wird der Augenblick der Explosion überaus minutiös festgestellt und auch das Publikum soll an das Pariser Observatorium berichten, wann es die Erschütterung wahrgenommen hat. Außerdem soll man Versuche an Tieren vornehmen, um die Reaktion des tierischen Blut- und Nervensystems auf die Erschütterung festzustellen. Man hofft, auf diese Weise die Ursachen für die Nervenerkrankungen, die im Kriege so häufig durch Granaten hervorgerufen wurden, zu finden.

25 Jahre Filmdrama.

Ein deutsches Jubiläum der Künste.
Vom Schnellseher und Kinetoskop zum wirklichen Drama. —
Blacks und Smiths geniale Idee. — Die Vitagraph
Film-Company. — „Das Spulhaus“ als erstes Film-
stück. — „Filmsterne“ erst seit 17 Jahren.

Es sind in diesen Tagen 25 Jahre vergangen, seitdem
zum erstenmal ein dramatischer Vorgang in folgen-
reichem Aufbau auf der Leinwand des Films entrollte.
Damit war der Leinwandfilm zur Bühne der stummen
Kunst geworden und der erste bedeutende Schritt auf dem
Wege einer Entwicklung getan, die heute gar nicht mehr
daran denken läßt, daß das ins Riesige gewachsene Film-
drama erst ein Kind von gestern ist. Der von den Brüdern
Lumière konstruierte und „Lumière“ genannte Apparat be-
rührte sich ebenso wie seine Vorgänger, der Schnellseher
von Anschütz und Edison's Kinetoskop, auf die Vorführung
lebender Photographien in bewegter Szenerie, die, scharf
verleuchtet, vor den Augen des Beschauers vorbeigeführt
wurden, wodurch diesem der Eindruck einer bewegten
Folge von Handlungen vorgetäuscht wurde. Das war das
Betätigungsfeld des ursprünglichen Kinetographen-
theaters, das als Kinetoskop, Mutoskop, Vitascope und unter
ähnlich klingenden Namen das Unterhaltungsbedürfnis
eines anspruchslosen Publikums zu befriedigen suchte.

Den entscheidenden Schritt aus der Enge dieser
Serienbilder in die unbegrenzte Weite eines wirklichen
Dramas taten zwei junge Engländer namens Blackton
und A. E. Smith, die von England nach den Vereinigten
Staaten ausgewandert waren, um dort ihr Glück zu
machen. Blackton war von Hause aus ein Zimmermann.
Sein Beruf hatte ihn eines Tages in das Haus eines Ver-
legers geführt, und dieser hatte den intelligenten jungen
Mann bei der Arbeit so schäben gelernt, daß er kein Be-
denken trug, ihn mit der Aufgabe zu betrauen, Thomas
Alva Edison für sein Blatt zu interviewen. Bei dieser
Gelegenheit führte der berühmte Erfinder den zum
Zeitungsjournalisten avancierten Zimmermann zur Erläute-
rung seiner theoretischen Erklärungen einen 18 Meter
langen Film vor: es war das Bild eines in voller Fahrt
befindlichen Eisenbahnzuges. Auf den jungen Blackton
machte die Vorführung einen unverlöschbaren Eindruck;
er erkannte sofort, welche unerschöpflichen Darstellungs-
möglichkeiten in diesem Kunstmittel schlummerten. Der
Reporter suchte sofort seinen Freund und Landsmann
Smith auf, der sich in New York als Zaubertrickkünstler und
Taschenspieler durchs Leben schlug, sich nebenbei aber eifrig
mit elektrotechnischen Experimenten beschäftigte und Blackton
deshalb bei der Durchführung seiner Pläne schätzbare
Hilfe leisten konnte. Mit einem Kapital von 750 Dollar
erwarben die beiden Freunde einen Kinetographen-
apparat und benutzten ihre Musfunden, um Zirkus- und
Varietétheater photographisch aufzunehmen, die sie dann
dem Publikum in einem kleinen Lokal vorführten. Das
neue Unternehmen fand auch günstige Aufnahme, hatte
aber mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen; es mußte sich
vor allem der Konkurrenz eines großen, vorzüglich aus-
gestatteten Kinos erwehren, das von einem gewissen Rod
betrieben wurde. Schließlich mußten Smith und Blackton
die Segel streichen und ihr Lokal schließen, da inzwischen
ihre Betriebsmittel vollständig erschöpft waren.

Im Verlauf des Konkurrenzkampfes hatte Rod aber
die Tüchtigkeit und den Ideenreichtum der beiden jungen
Engländer so schäben gelernt, daß er es im eigenen Inter-
esse für angezeigt hielt, sich die Kraft der strebsamen Mit-
bewerber zu sichern. So machte er ihnen kurz entschlossen
den Vorschlag, mit ihm ein Sozietätsverhältnis einzuge-
hen, ein Vorschlag, der von den beiden mit Freuden an-
genommen wurde. Die drei Männer errichteten jetzt auf
solider finanzieller Grundlage ein Kinetographenunternehmen,
das unter der Firma „The Vitagraph Film Company“ in
New York ins Leben trat. Die künstlerische Leitung dieser
„Vitagraph Film Company“ ruhte ausschließlich in den
Händen von Blackton und Smith, und ihrer Initiative
war es zu verdanken, daß im Frühjahr 1899 zum erstenmal
in der Welt unter dem Titel „Das Spulhaus“ ein wirk-
liches kleines Drama über die Leinwand ging. Es schilderte
den Besuch eines Geistes bei einem Manne, der sich in ver-
zweifelter Angst dem unheimlichen Besucher zu entziehen
sucht und dessen Furcht sich zum grauen Entsetzen steigert,
da das jubelnde Gespenst seine Hand ergreift und
schneidet. Das Stück hatte großen Erfolg, und dieser
Erfolg war Smith und Blackton ein Ansporn, auf dem be-
schrittenen Wege weiterzugehen. Die Sensation ihrer
dramatischen Tätigkeit war ein im Jahre 1904 erschienener
Film, der das Leben von George Washington in Einzel-
szenen vorführte, und dem der umfangreiche Film „Das
Leben Moses“ folgte, der es bereits zu der damals an-
gesehenen Länge von fünf Akten brachte, von denen jeder
eine Spieldauer von 15 Minuten hatte. Es fehlte nicht an
Stimmen, die an der Länge des Films Anstoß nahmen
und dafür eintraten, daß das Stück abteilungsweise auf-
geführt werde.

Erfst vor 17 Jahren ging die Vitagraph-Company dazu
über, berühmte Bühnensterne für die Darstellung heranzu-
ziehen, eine Neuerung, mit der sie die größten Erfolge er-
zielte. Gleichzeitig verwirklichte Blackton den Gedanken,
die Namen der Darsteller auf der Leinwand anzugeben,
eine Gepflogenheit, durch die der Ruf der „Filmsterne“ erst
begründet wurde. Das Unternehmen war inzwischen so
groß geworden, daß Smith und Blackton es zu einem
Konzern umgestalteten, der bald einen Jahresumsatz von
nahezu fünf Millionen Dollar verbuchen konnte. Wie das
amerikanische Vorbild dann in der ganzen Welt nachge-
ahmt wurde, wie in Deutschland, Frankreich, Eng-
land, Italien und Dänemark bald zahlreiche Filmunter-
nehmen entstanden, um die immer mehr anwachsende Zahl
der Lichtbildtheater mit Filmen zu versorgen, wie die Licht-
bildhäuser selbst immer größer und eleganter wurden, das
alles ist allgemein bekannt.

Nah und Fern.

○ Schrecklicher Tod eines Betriebsführers. Auf der Ge-
werkschaftsfabrik bei Bacha an der Werra ereignete sich
ein größtenteils Unglück. Da sich gütliche Gase in der Grube
gezeigt hatten, wollte der Betriebsführer der Raubgewerks-
chaft Suchsdorf nach dem Rechten sehen und fuhr, mit
einer Karbidlampe versehen, in die Grube. Auf unaufge-
klärte Weise mußten sich die Gase plötzlich entzündet haben,
so daß eine gewaltige Explosion entstand und der Betriebs-
führer sofort tödlich verbrannte. Er litt so schwere Brandwunden,
daß er unter qualvollen Schmerzen starb. Die Gattin des Verunglückten griff
in der Verzweiflung zum Revolver und tötete sich.

○ Kommunist und Falschmünzer. In Köln wurden bei
dem verhafteten Kommunisten Frank den Platten
von Einbilddennoten und englischen Pfundnoten, ferner
Stempel von deutschen, englischen, französischen und
tschechischen Behörden, außerdem Waffen und Munition
gefunden.

○ Schweres Minenunglück in Kurland. Im Passagier-
hafen von Verna in Kurland, in dem seit dem vorigen
Jahre zwei bisher nicht unschädlich gemachte Minen lagen,
ereignete sich, wahrscheinlich als eine Anzahl Knaben bei
den Minen ein Feuer anzumachen, eine furchtbare
Explosion. Zwei Knaben wurden sofort ge-
tötet, sieben wurden schwer verletzt ins Kranken-
haus gebracht. Die umherfliegenden Minenstücke rissen
in die Hafensbrücke ein großes Loch und schlugen einen
eiserne Bohrer. An den angrenzenden Bauwerken
wurde gleichfalls größerer Schaden angerichtet. Bei
Wangelsholm wurde eine Mine angetrieben, die mit
starker Detonation explodierte, jedoch keinen Schaden an-
richtete.

○ Die barfüßigen Matrosen. Größte Heiterkeit erregte
im englischen Unterhause ein Antrag, wonach den englischen
Matrosen verboten werden soll, bloßfüßig auf Deck zu er-
scheinen. Der Antragsteller begründet seine Interpellation
mit den vielen Bitten um Krankheitsurlaub wegen Frost-
beulen und ähnlicher Folgen des Barfüßigseins. Admirals-
tatssekretär Ammon erwiderte, er würde zwar den Antrag
unterstützen, sehe aber eine Reihe von Reutereien
voraus, da sich die Seeratten eine solche Beschränkung ihrer
Freiheit nicht gefallen lassen würden.

○ Sechs Italiener in Amerika hingerichtet. Aus New
Orleans in den Vereinigten Staaten wird die Hin-
richtung von sechs Italienern, die vor drei
Jahren den Inhaber einer Gastwirtschaft ermordet hatten,
gemeldet. Die Untersuchung hatte nicht ergeben, welcher
von ihnen den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Am Oster-
sonntag beichtete einer der sechs einem Geistlichen, daß er
den tödlichen Schuß abgegeben habe. Trotzdem wurden
alle sechs hingerichtet. Mussolini hatte sich beim Präsi-
den Coolidge um Begnadigung der Mörder bewandt, aber
ohne Erfolg.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. In einer Depostenkasse der Darmstädter und
Nationalbank sind von un- bekannten Tätern 60 000 Mark aus
einer Stabskassette gestohlen worden.

Wagzburg, 9. Mai. Nachdem vor einigen Tagen das
Dorf Klein-Wernheim im Südharz das Opfer einer Windhefe
geworden war, sind gestern Abend die Städte Wolfratshausen
und Ebnau von einem gleichem Unglück schwer heimgesucht worden.
Der Sturm hat fast sämtliche Häuser der Stadt schwer beschädigt,
Fensterhebeln zertrümmert, Bäume entwurzelt und sogar ganze
Mauern umgelegt. Die Stadt gleicht einem Trümmerfeld.

New York. Nach den soeben veröffentlichten amtlichen
Statistiken sind in den Vereinigten Staaten im Laufe des letzten
Jahres nicht weniger als zehntausend Morbitalen
begangen worden.

Humor vom Tage.

Wurst wider Wurst. Der österreichische Lustspielichter
Bauerfeld besuchte ein Konzert, in dem ein ihm befreundeter
Geiger spielte. Während des Vortrags passierte es dem
Geiger, daß ihm der Bogen abbrach, so daß Wurstbrot zu hören
war. Bauerfeld lachte. Nach dem Konzert trat der Geiger
auf ihn zu und sagte: „Wissen Sie, Bauerfeld, das war nicht
schön von Ihnen, daß Sie über mich gelacht haben. Ich war in
allen Ihren Lustspielen und habe nie gelacht!“

Unter Kameraden. Hellmesberger und Fuchs waren Kapell-
meister an der Wiener Hofoper. Fuchs komponierte, und Hell-
mesberger rief die Kompositionen, die Fuchs gebaut hatte, wie-
der herunter. Eines Tages zeigte Fuchs dem Kollegen eine
neue Komposition und bat um sein Urteil. Hellmesberger sah
das Blatt durch und trällerte dann nach bekannter Melodie:
„Fuchs, das hast du ganz geistlos!“

Eine Nachschfrage. Sie haben den Kläger hier, Herrn
Bürgermeister Schmidt, ein Kamel genannt. Sie werden dafür
zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — „Ich nehme die Strafe
an, möchte mir aber noch eine Frage erlauben.“ — „Fragen
Sie.“ — „Darf ich ein Kamel Bürgermeister nennen?“ — „Das
ist nicht strafbar“, erwiderte der Richter. — „Dann adieu, Herr
Bürgermeister!“

Bermischtes.

Ausruf der Schachanweisungen von 1923. In letzter
Zeit sind Fälschungen der als Zahlungsmittel ver-
wendeten Stücke der Schachanweisungen der
Deutschen Reichsbank von 1923 (Goldanleihe), fällig
am 2. September 1935, über 0,42 Mark Gold = $\frac{1}{10}$ Dollar,
1,05 Mark Gold = $\frac{1}{4}$ Dollar, 2,10 Mark Gold = $\frac{1}{2}$ Dollar,
4,20 Mark Gold = 1 Dollar, 8,40 Mark Gold = 2 Dollar,
21,00 Mark Gold = 5 Dollar beobachtet worden. Es er-
scheint daher angezeigt, die Verwendung dieser
Stücke als Zahlungsmittel aufzuheben.
Die Fälschungen werden die vorbezeichneten Ab-
schnitte der Goldanleihe nur noch bis zum 20. Mai
d. J. in Zahlung nehmen. Den Inhabern der Stücke wird
angeboten: a) die Einlösung zum Nennwert in Renten-
mark oder gesetzlichen Zahlungsmitteln, b) der Umtausch
in neue unverzinsliche auf 500, 1000 und 2000 Goldmark
lautende Schachanweisungen, die am 1. September 1924
oder am 1. Juni 1925 fällig werden. Für die am 1. Sep-
tember 1924 fälligen Schachanweisungen wird ein Diskont
von 8 %, für die am 1. Juni 1925 fälligen ein Diskont
von 10 %, gerechnet für die Zeit von Fälligkeit bis zum
Fälligkeitstermin der unverzins-
lichen Schachanweisungen, bei Ausbändigung der neuen
Stücke in bar vergütet. Sämtliche Reichsbankanleihen
nehmen die Goldanleihestücke zur Vereinfachung oder zum
Umtausch in unverzinsliche Goldschachanweisungen ent-
gegen. Die Annahme zur Einlösung wird mit dem 20. Mai
1924 geschlossen. Umtauschanträge können bis auf weiteres
auch nach dieser Frist noch gestellt werden. Bei dem Um-
tausch sind die Spesenbeträge, die an dem Nenn-
betrag der Schachanweisungen von 500, 1000 und 2000
Goldmark fehlen, in bar zuzuzahlen. Vom 21. Mai d. J.
ab sind die kleinen Stücke der Goldanleihe lediglich Wert-
papiere, die börsenmäßig gehandelt werden.

Falsche Rentenbankcheine über 10 Mark. In der
letzten Zeit ist eine neue Sorte falscher Rentenbankcheine zu
10 Rentenmark aufgetaucht. Die Fälschung ist ziemlich
plump. Die Beschriftung der Vorderseite ist unklar. Das
rotergedruckte Muster der Rückseite wirkt bei den Fälschungen
recht auffällig. Leicht erkennbar sind die Scheine na-
mentlich daran, daß sie kein Wasserzeichen haben. Vor An-
nahme und Verbreitung der gefälschten Scheine wird ge-
warnt.

= Die Erde wird angebunden. Der kürzlich beendigte
Aufstand der Eingeborenen auf den Philippinen, der von
den amerikanischen Truppen mit Gewalt unterdrückt wer-
den mußte, war, wie jetzt bekannt wird, durch eine religiöse
Gemeinschaft, die sogenannte Colorunggesellschaft, hervor-
gerufen. Nach den Schilderungen amerikanischer Blätter
muß es sich dabei um ein sehr merkwürdiges Bistümchen
handeln. Die Führer dieser Sekte glauben nämlich, daß
die Welt aus den Fugen gegangen — womit sie unbedingt
recht haben — ist und in der Gefahr schwebt, in einen Ab-
grund zu stürzen. Der einzige Rettungsweg, den sie in
dieser Not sehen, besteht darin, daß man ein riesiges Seil
herstellt, mit dem die Erde „wieder angebunden werden
kann“. Die gläubigen Anhänger der Sekte brachten denn
auch eine ungeheure Menge von Hanf zusammen, damit
das erforderliche Seil daraus verfertigt werde. Aber die
Führer waren schlauer als ihre Anhänger und brachten
den in großen Mengen angekauften Hanf auf den
Markt, wo sie ihn rasch zu Geld machten. Das rief unter
den Eingeborenen große Aufregung hervor, und aus dieser
Stimmung heraus entstanden die Aufstände.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 26. Mai d. J., nachmittags
6 1/2 Uhr, findet für die Freiwillige und Pflichtfeuerwehr eine
Übung statt. Hierzu haben zu erscheinen alle männlichen Ein-
wohner von 18 bis 60 Jahren, sofern sie nicht nach den Vor-
schriften des Ortsstatuts von der Dienstpflicht befreit sind.
Als Entschädigung gelten nur notwendige Reisen und Krank-
heitsentgelt. Beides ist durch Belege nachzuweisen. Die Pflicht-
feuerwehrleute haben sämtlich mit Eimer oder Kanne zu
erscheinen.

Murs, den 14. Mai 1924.

Die Polizeiverwaltung. Engel.
Das Feuerwehrkommando. Heinze.

Amlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.		
Hauptmarkt am 14. Mai 1924. Der Auftrieb betrug: 927 Rinder, 1771 Schweine, 1337 Kälber, 318 Schafe. Es wurden geschlachtet für 50 kg Lebendgewicht (in Goldmark):		
14. Mai	7. Mai	
Rinder. Ochsen: vollfleischige, angemästete	29-42	41-44
vollfleischige, an- gemästete 4-7 Jahre	33-38	36-40
junge, nicht angemästete, ältere angemästete	28-33	28-35
mäßig gedährte jän. ere gut gedährte ältere	18-27	23-27
alle: vollfleischige ausgewachsene	41-44	42-45
vollfleischige jüngere	34-39	37-41
mäßig gedährte jän. ere, gut gedährte ältere	28-33	30-36
Kälber und Kälber: angemästete Kälber	40-44	42-45
ausgemästete Kälber bis 7 Jahre	38-40	41-44
ältere angemästete, wenig entwickelte jüngere	32-37	35-40
mäßig gedährte Kälber und Kälber	24-31	28-34
gering gedährte Kälber und Kälber	15-23	15-27
Kälber. Doppellender feinerer Maß	—	—
feinerer Maßfälscher	—	—
mittlere Maß- und beste Sangfälscher	45-50	55-60
geringere Maß- und gute Sangfälscher	38-44	48-54
geringe Sangfälscher	30-37	40-47
Schafe. Maßfälscher und jüngere Maßfälscher	45-50	50-55
ältere Maßfälscher, geringere Maßfälscher	35-44	45-49
mäßig gedährte Hammel und Schafe	25-34	37-44
Weidenfälscher: Maßfälscher	—	—
geringere Hammel und Schafe	—	—
Schweine. Fellschweine über 150 kg Lebendgew.	55-56	63-65
vollfleischige über 120-150 kg Lebendgewicht	53-64	61-62
" " 100-120 kg "	50-52	57-60
" " 80-100 kg "	45-49	54-58
" " bis 80 kg "	—	—
Sauen und geschlachte Eber	45-62	52-60
Geschäftsgang: langsam.		
Die Spanne zwischen Stadt- und Marktpreisen wird mäßig durch die notwendigen Händlerpreise für Fracht, Markt-, Futter- und Versicherungsgeldern, Umlagekosten und dgl., sowie durch den unvermeidlichen Gewichtsverlust vom Stall zum Markt.		
Ausfuhr nach Oberschlesien: 114 Rinder, 27 Schweine, 9 Kälber, 2 Schafe; nach Mittels- und Niederschlesien: 42 Rinder, 42 Schweine, 72 Schafe; nach Sachsen: 38 Rinder; nach Westpreußen: 21 Rinder.		

Grundbesitz

jeder Mit sofort als Ka-
pitalsanlage gesucht.
Deutsche Grundbesitz-
bank G. m. b. H., Immobilien-
Abt., Berlin N. 24

Hans Roth's

Institut für

Beiträge

Breslau, 8. August 14

(Telephon 448).

Operationallose Spezial-

behandl. von Krampf-

aberrn, Wunden, näss-

und trockenen Flecken,

Geschwülste, sowie sämtl.

derartigen Krankheiten.

Sprechst. wochent. 9 bis

2 Uhr, außer Dienstags.

Hypotheken

Kaufmanns- und Ver-

mitteln. Deutsche

Landwirtschaftsbank

A. G., Immobilien-Abt.,

Berlin N. 24.

Einheirat

wünschen mehrere junge

und ältere Entbehrungs-

idchter nebst G. schäfts-

willen mit eigenem Ge-

schäft und Heim Herren

den Alters u. Standes

+ Frauen! Auscheiden! +

Warten Sie nicht bis morgen, sondern nehmen
Sie bei krankhaften Monatsstörungen meine ärzt-
lich hergestellten hygienischen Mittel. Auch Sie
werden bei Gebrauch meiner Spezialpräparate zu-
frieden und mir immer dankbar sein. Erfolgs-
stoffs nach 1-2 Tagen. Garant. unschädlich, un-
wird am bei Gravität, ärztlich empfohlen.

Dankschreiben. Fr. B. schreibt: „Ueber Nacht
kam der Erfolg.“ Fr. C. schreibt: „Große
Bereitwilligkeit hatte ich von Ihnen, werde Sie weiter
empfehlen.“ Fr. A. schreibt: „Wiederholt
leichte mir Ihre Sendung vorzügliche Dienste, bitte
dieselbe noch einmal, möchte Sie nicht mehr vermissen.“

W. Gurski, Berlin-Charlottenburg 2/322,
Grolman-Straße 37.

Breslauer Produktenmarkt vom 14. Mai.

Lebensmittel. Getreide: Markt. — Getreide:

Umsatzlos. — Weizen: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg in Goldmark):

Getreide: 14. Getreide: 14.

Weizen: 16,40 Getreide: 14.

Roggen: 13,80 Getreide: 14.

Hafer: 12,50 Getreide: 14.

Brander: 17,20 Getreide: 14.

Wittgen: 15,50 Getreide: 14.

Getreide: 13,00 Getreide: 14.

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Spezialartoffeln (je 50 kg), rote u. weiße: 3,50.

Fabrikartoffeln: 2,00.

Futtermittel. Nachfolgende amtliche Preise

für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Barkat

Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

13. 13.

Weizenkleie 9,00-9,50 Mehl-Weiß 18,00-18,50

Roggenkleie 8,50-9,00 Mehl-Weiß 17,75-18,25

Gerstkleie — Mehl-Weiß 19,25-19,75

Leinöl 21,50-22,50 Mehl-Weiß 19,50-20,00

Rapsöl 11,50-12 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Palmenöl 14,25-14,75 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Leinöl 22,50-23,50 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Rapsöl 18,50-19,50 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Palmenöl 18,50-19,50 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Kartoffel 22,00-23,00 Mehl-Weiß 19,75-20,25

Sonnenblumenöl (40%) 17,50-18,50

Mehl-Weiß (100 kg): 14 13

Weizenmehl 25,00 25,50

Roggenmehl 21,00 21,00

Wassermehl 20,50 20,50